

V9 Grenzenlos statt Ehrenlos - Kein Mensch ist illegal

Antragsteller*in: Bendix Grimm (KV Hamburg-Bergedorf)
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

Antragstext in komplexer Sprache

Genug der warmen Worte, es ist 2025. Freiheit, die am Grenzzaun endet, ist keine. Solange Menschen ausreisen dürfen, aber an Stacheldraht, Visahürden und Carrier-Sanktionen zerschellen, bleibt Freiheit ein leeres Versprechen. Pushbacks und Grenzhaft sind keine Pannen, sie sind Politik, und sie zerstören Leben. Damit ist Schluss.

Als GRÜNE JUGEND Hamburg sagen wir: Bewegungsfreiheit heißt: Einreisen, Ankommen, Bleiben. Das Recht auf Einreise gehört als menschenrechtliche Ergänzung zum Recht auf Ausreise und muss in Deutschland und Europa umgesetzt werden, ohne Hintertür, ohne Ausrede. Menschenrechte gelten an jeder Grenze und überall dort, wo Deutschland Verantwortung trägt; Non-Refoulement ist unantastbar. Kinder in Haft? Niemals. Familien auseinanderreißen? Nicht in unserem Namen. Wir öffnen den Weg: Legale Zugänge ausbauen, Verfahren sichern, Würde schützen, jetzt.

Freiheit heißt ankommen und bleiben dürfen

Wer Schutz sucht, Familie wieder vereinen will, oder Perspektiven für Bildung, Arbeit und Teilhabe braucht, darf nicht an Stacheldraht und Bürokratie scheitern. Eine gute und schnelle Integration sowie Einbürgerung sind essenziell, um allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen, welches nicht in einem Containerdorf endet. Die Bezahlkarte sowie das Asylbewerberleistungsgesetz gehören abgeschafft. "Niemand darf wegen [...] seiner Heimat und Herkunft [...] benachteiligt oder bevorzugt werden." Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes. Wir stellen dem Abschottungsregime eine einfache Wahrheit entgegen: Menschenrechte gelten grundsätzlich - Egal auf welchem Territorium man sich befindet. So legt es das Menschenrechtsvölkerrecht fest zu dem sich Deutschland mit verpflichtet hat.

Wir fordern die Bundesregierung auf, garantierten Zugang zu Territorium und rechtsstaatlichen Asylverfahren sicherzustellen. Die Angriffe auf Menschenrechte, wie Zugang zur Rechtsberatung, Dolmetschung und effektive Rechtsmittel, sind grundsätzlich zu unterlassen. Die kollektiven Zurückweisungen sind an den EU-Außengrenzen ebenso zu unterbinden wie an deutschen Binnengrenzen. Zivile Seenotrettung muss staatlich unterstützt werden anstatt sie zu kriminalisieren, dazu gehört insbesondere die Finanzierung und Zusammenarbeit mit der sogenannten libyschen Küstenwache auf EU-Ebene umgehend zu beenden. Darüber hinaus müssen sichere Fluchtwege geschaffen werden, damit kein Mensch sich auf der Flucht in Lebensgefahr begeben muss.

37 Familien schützen - Familiennachzug garantieren

38 Familien gehören zusammen! Familienleben ist ein Menschenrecht, kein Gnadenakt.
39 Wir stellen den Schutz von Familien in den Mittelpunkt: Es braucht sichere und
40 planbare Wege der Einreise und des Schutzsuchens. Die Möglichkeiten zum
41 Familiennachzug müssen ausgebaut, beschleunigt und rechtlich abgesichert werden.

42 Jedes Jahr der Trennung zerstört Bindungen: Kinder feiern ihre Geburtstage nur
43 per Handy, Eltern hören die ersten Worte ihrer Kinder bloß via Sprachnachricht,
44 Partner*innen warten in Warteschlangen, statt im echten Leben. Eine Politik, die
45 Türen schließt, produziert Leid.

46 Der von der Bundesregierung propagierte Kurs, Visatüren zuzuschlagen und Hürden
47 aufzutürmen, ist eine Politik der Trennung und Herzlosigkeit, sie drängt
48 Menschen, insbesondere Schutzbedürftige, in lebensgefährliche Routen. Wir setzen
49 dieser Abschottung eine Politik der Ankunft und Einheit entgegen. Unsere
50 zentralen Forderungen für den Familiennachzug:

- 51 • Gleichstellung subsidiär Schutzberechtigter:
52 Im Familiennachzug müssen subsidiär geschützte Personen denselben
53 Rechtsanspruch erhalten wie anerkannte Flüchtlinge, ohne Kontingente und
54 ohne willkürliche Wartezeiten.
- 55 • Ausweitung des Berechtigtenkreises:
56 Der Nachzugsanspruch muss neben Ehe- oder Lebenspartner*innen und
57 minderjährigen Kindern auch minderjährige Geschwister sowie Eltern und
58 Großeltern von unbegleiteten Minderjährigen umfassen, damit Familien
59 wirklich vereint werden.
- 60 • Wegfall bürokratischer Hürden:
61 Wohnraum- und Einkommensnachweise müssen als Voraussetzung für den
62 Familiennachzug entfallen, und zwar rückwirkend für alle laufenden
63 Verfahren und im Wege der Wiederaufnahme auch für bereits rechtskräftig
64 abgelehnte Anträge.
- 65 • Verfahren beschleunigen und digitalisieren:
66 Digitale Nachweise sollten anerkannt werden. In Gefahrensituationen müssen
67 Online- bzw. Fernanträge zulässig sein und konsularische Vorsprachen
68 können durch Video-Ident-Verfahren ersetzt werden.
- 69 • Visum-Fast-Track für Familien:
70 Für Familiennachzüge muss es beschleunigte Visum-Verfahren mit festen
71 Fristen geben. Bei familiärer Trennung besteht ein Rechtsanspruch auf
72 Visa-Erteilung. Im Ablehnungsfall muss unverzüglich ein
73 Remonstrationsrecht greifen, und schon ab Antragstellung eine
74 konsularische Rechtsberatung zur Seite stehen.

75 Trennung ist keine Migrationssteuerung, sondern staatlich verursachtes Unrecht
76 und Chaos. Politische Blockaden, wie die von Dobrindt verhängte Visasperre,
77 drängen besonders Schutzbedürftige auf tödliche Wege. Genau damit machen wir
78 Schluss. Wir setzen auf Recht, Sicherheit und Zusammenhalt.

79 Ankunft ist mehr als ein Visum, sie ist ein
80 Systemversprechen!

81 Kinderrechte sind unteilbar. Kein Kind gehört hinter Gitter, weder offiziell
82 noch als De-facto-Haft in Transitzone. Grenzhafte beenden, Verfahren öffnen: Das
83 ist der Maßstab. Um das Systemversprechen bei der Ankunft einzulösen, fordern
84 wir:

- 85 • Besondere Schutzbedürftige priorisieren:
86 Asylverfahren mit Kindern und anderen vulnerablen Personen sind vorrangig
87 zu bearbeiten. Bereits getrennte Familien müssen das Recht auf einen
88 Asylantrag im Inland erhalten, um die Wiedervereinigung zu beschleunigen.
89 Außerdem sind Fiktionsbescheinigungen und Überbrückungsregelungen so
90 einzusetzen, dass ein lückenloser legaler Status gewährleistet ist,
91 anstatt Menschen in einen rechtlichen Wartesaal ohne Perspektive zu
92 stellen.
- 93 • Unbegleitete Minderjährige schützen:
94 Unbegleitete minderjährige Geflüchtete gehören unverzüglich in
95 qualifizierte Obhut. Das heißt: Einen geeigneten Vormund*in einsetzen, ein
96 unabhängiges Clearingverfahren zur Alters- und Familienklärung durchführen
97 und die Familienzusammenführung mit oberster Priorität nach dem Kindeswohl
98 vorantreiben.
- 99 • Verwaltung ohne Diskriminierung:
100 Eine rassismusfreie Verwaltung ist Pflicht, keine Bitte. Wir brauchen
101 unabhängige Beschwerdestellen, in Auslandsvertretungen, Ausländerbehörden,
102 Arbeitsagenturen, Jobcentern und bei der Polizei, damit Betroffene
103 Fehlverhalten melden können. Für alle Mitarbeiter*innen im Asyl- und
104 Migrationsbereich sind verpflichtende Schulungen zu strukturellem
105 Rassismus einzuführen. Systematische Verzögerungen, Falschberatungen oder
106 diskriminierendes Verhalten müssen dienstrechtliche Konsequenzen nach sich
107 ziehen.
- 108 • Datenschutz und Zugangsrechte gewährleisten:
109 Ein striktes Trennungsgebot zwischen Sozialleistungssystemen und
110 Aufenthaltsbehörden schützt den Zugang zu Schule, Gesundheit, Beratung und
111 Sozialleistungen. Ohne gesetzliche Grundlage und informierte Zustimmung
112 der Betroffenen darf keine Weitergabe personenbezogener Daten an die
113 Ausländerbehörden erfolgen.
- 114 • Erhöhter Schutzstandard für Kinder:
115 Für Kinder gilt stets ein besonderer Schutz, aus Recht, aus Prinzip, aus
116 Menschlichkeit. Kinder und Jugendliche dürfen in keinem Verfahrensstadium
117 schlechter gestellt oder härter behandelt werden als Erwachsene, sondern
118 verdienen besonderen Beistand und Rücksichtnahme.
- 119 • Dauerhafter bundesweiter Abschiebestopp:
120 Die Bundesregierung wird aufgefordert unverzüglich einen
121 bundeseinheitlichen Vollzugserlass gemäß § 60a Abs. 1 AufenthG erlassen,
122 der Abschiebungen für die folgenden Personengruppen aussetzt: Familien mit
123 minderjährigen Kindern, besonders schutzbedürftige Personen, alle Fälle

mit Kindeswohlbezug sowie Menschen mit gefestigten sozialen Bindungen in Deutschland. Dazu zählen insbesondere Erwerbstätigkeit, Ausbildung, Studium oder Schulbesuch (einschließlich Kita), enge familiäre oder vergleichbar enge soziale Beziehungen (z.B. Partnerschaft, Sorge- oder Pflegeverhältnisse, Verwandte ersten oder zweiten Grades), langjährige Freundschaften oder Patenschaften, ehrenamtliches Engagement sowie nachweisbare Einbindung in Vereine, Gemeinden oder Nachbarschaften. Diese vorläufige Aussetzung soll durch eine gesetzliche Regelung zu einem dauerhaften bundesweiten Abschiebestopp werden.

Sonderrecht spaltet, Teilhabe trägt!

Sondergesetze und -regeln für Geflüchtete spalten die Gesellschaft; echte Teilhabe hingegen trägt uns alle. Wir fordern deshalb die Abschaffung diskriminierender Sondervorschriften und den Zugang zu regulären Strukturen für alle hier lebenden Menschen:

- Schluss mit Diskriminierung und Bevormundung:
Die Bezahlkarte für Asylsuchende gehört abgeschafft. Geflüchtete müssen wie alle Menschen selbstbestimmt über ihre Leistungen verfügen können, statt mit Sachleistungen oder Gutscheinen abgespeist zu werden.
- Gleiches Soziales Netz für Alle:
Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Die Betroffenen müssen in das reguläre Sozialleistungssystem eingegliedert werden. Es darf keine niedrigeren Sozialstandards allein aufgrund der Herkunft oder des Aufenthaltsstatus geben, Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz verbietet jede Benachteiligung aufgrund der Heimat oder Herkunft.
- Freizügigkeit und Arbeitsmarkt öffnen:
Residenzpflicht und Wohnsitzauflagen müssen ersatzlos gestrichen werden. Wer hier lebt, muss selbst entscheiden dürfen, wo er oder sie wohnen möchte. Gleichzeitig ist der Arbeitsmarktzugang vom ersten Tag an zu gewähren. Ankommen heißt: lernen, arbeiten, leben ohne Provisorien.

Integrations- und Aufstiegszentren: Jetzt!

Wir sehen zu viele Talente im Leerlauf und zu viele Lebensläufe, die an Formularbergen zerschellen. Schluss damit. Integration beginnt am ersten Tag, unabhängig vom Geldbeutel und ohne Warteschleifen. Dem Reflex „kürzen, verträsten, verwalten“ setzen wir ein anderes Prinzip entgegen: bauen, öffnen, ermöglichen. Unser Instrument dafür heißt Integrations- und Aufstiegszentren (IAZ).

IAZ sind Chancen-Infrastruktur unter einem Dach: gemeindenah, unbürokratisch, kostenfrei. Hier greifen Sprachförderung, schulische Nachqualifizierung und berufliche Ausbildung ineinander, besonders in Berufen, die überall fehlen: Pflege, Erziehung, Bau, Energie, IT, Verwaltung. Anmeldung direkt mit dem Asylantrag, finanzielle Absicherung der Teilnahme, garantierte Kinderbetreuung und Zugang zu Schule und Kita ab Tag eins, so sieht wirkliche Willkommenspolitik aus.

167 Anerkennung ohne Zermürbung: Ausländische Abschlüsse laufen im IAZ im FastTrack,
168 mit einer verbindlichen Prognoseentscheidung binnen acht Wochen. Wo
169 Qualifikationsbausteine fehlen, schließen wir punktgenau nach, modular, mit
170 Micro-Credentials, statt ganze Biografien zu pulverisieren.

171 Sprache schafft Zugang, also wird amtliche Sprachmittlung als Rechtsanspruch
172 verankert und kostenfrei bereitgestellt. Niemand scheitert an einer Amtsstube.
173 Gleichzeitig fordern wir Bund und Länder auf, Massenunterkünfte abzubauen und
174 binnen zwölf Monaten in offene, gemeindenahe Strukturen zu überführen.

175 Dezentrale Unterbringung wird verpflichtender Standard, mit klaren
176 Mindestanforderungen: Privatsphäre, Gewaltschutz, Datenschutz und echte
177 Nachbarschaft. Containerdörfer und Dauerprovisorien sind Sackgassen. Wer
178 ankommen soll, braucht Räume, keine Lager. Und ja: Kein Cent weniger für
179 Sprache, sondern mehr.

180 Statt Integrationskurse zu kürzen, erhöhen wir die Mittel pro
181 Unterrichtseinheit, damit Träger*innen Personal, Räume und Qualität sichern.
182 Berufssprachkurse werden ausgebaut und verlässlich finanziert, gerade für
183 Pflege, Erziehung, Bau, Energie, IT und Verwaltung. Wer hier lebt, lernt und
184 arbeitet. Punkt. Rechte sind keine Haushaltsreste. Asylverfahrensberatung muss
185 flächendeckend, unabhängig und dauerhaft gesichert sein.

186 Die Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) wird nicht beschnitten, sondern
187 verstetigt. Psychosoziale Zentren erhalten bundesweit langfristige Finanzierung,
188 denn ohne Stabilität keine Teilhabe, ohne Gesundheit kein Aufstieg.

189 Auch an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes geht niemand mit der Schere.
190 Und migrantische wie postmigrantische Selbstorganisationen bekommen verlässliche
191 Strukturförderungen, über BMI, BMFSFJ und die/den Integrationsbeauftragte*n. IAZ
192 sind kein Buzzword, sondern ein Systemwechsel: Sprache, Anerkennung, Ausbildung,
193 Arbeit und Wohnen aus einer Hand, schnell, würdig, wirksam. Gegen die Politik
194 der Abschreckung und des Mangels setzen wir eine Politik der Möglichkeiten.

195 Unsere Ansage ist klar: Investieren statt kürzen, Rechte statt Gnadenakte,
196 Ankunft und Aufstieg statt Verwaltung der Hoffnungslosigkeit. Regierung:
197 Handeln. Kommunen: Türen auf. Kammern, Träger, Betriebe: An Bord kommen. Wer
198 blockiert, blockiert Zukunft, nicht mit uns.

199 GEAS stoppen! Keine Haft für Schutzsuchende!

200 Wer Schutz sucht, darf nicht weggesperrt, hingehalten oder ins Niemandsland
201 abgeschoben werden. Wir weisen jede nationale Umsetzung zurück, die den Zugang
202 zu Asyl beschränkt oder Grenzverfahren in faktische Haft umwandelt.
203 Stacheldraht, Visahürden und Transitzonen sind kein „Management“, sondern
204 Rechtsbruch mit Ansage.

205 Menschenrechte gelten an der Grenze, nicht erst dahinter. Art. 1 GG schützt die
206 Würde, Art. 18 und 19 Abs. 2 GRC garantieren Asyl und Non-Refoulement, und die
207 Kinderrechte sind unteilbar (UN-KRK Art. 3, 37; GRC Art. 24). Haft
208 traumatisiert, trennt Familien und zerstört Zukunft, erst recht bei Kindern. Der
209 geplante GEAS-Kurs, der Freiheitsentzug an Europas Außengrenzen „normalisieren“
210 will, ist politisch kurzsichtig und rechtlich unhaltbar.

211 „Zugang statt Zäune“ bedeutet: territorialer Zugang, individuelle Anhörung,
212 unabhängige Rechtsberatung und wirksame Rechtsmittel ab dem ersten Kontakt.
213 „Null-Haft“ bedeutet: keine Gitter, keine De-facto-Internierung, Alternativen
214 statt Wegsperren, insbesondere für Kinder, Familien und vulnerable Gruppen.

215 Familien gehören zusammen. Trennung ist kein Steuerungsinstrument, sondern
216 staatlich verursachtes Unrecht. Wer Seenotrettung kriminalisiert oder mit der
217 sogenannten libyschen Küstenwache kooperiert, delegiert Verantwortung und
218 riskiert Menschenleben.

219 Wir lehnen jede nationale Umsetzung ab, die den Zugang zu Schutz erschwert und
220 Asylsuchende in Haft oder de facto Haft nimmt. Kinderrechte sind unteilbar
221 (UN-KRK Art. 3 und 37; GRC Art. 24). Haft verursacht Leid, traumatisiert und
222 bricht mit Kinderrechten. Der aktuelle Regierungsentwurf würde den
223 Freiheitsentzug faktisch ermöglichen, das ist inakzeptabel. Wir fordern ein
224 gesetzliches Haftverbot, Alternativen zur Haft und echte Verfahrensgarantien ab
225 dem ersten Behördenkontakt. Ein aktuelles Gutachten Hruschka/Nestler (2025),
226 veröffentlicht u. a. mit dem BumF, zeigt, dass die geplante Umsetzung
227 Kinderrechte systematisch unterbelichtet und faktisch Freiheitsentzug im
228 Grenzverfahren voraussetzt. Herr Bundesinnenminister Dobrindt: Kinder gehören
229 auf Spielplätze, nicht in Haftzonen. Stoppen Sie Pushbacks, beenden Sie die
230 Kriminalisierung ziviler Seenotrettung, öffnen Sie Familienvisa und respektieren
231 Sie Kinderrechte.

232 Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort und ohne Hintertüren Grenzhaft als
233 migrationspolitisches Instrument zu beenden und jede Ausweitung zu verhindern:
234 Transitzone gehören gestrichen und ab dem ersten Kontakt ein faires,
235 individuelles, rechtsstaatliches Asylverfahren mit unabhängiger Beratung,
236 qualifizierter Sprachmittlung und wirksamen Rechtsmitteln zu garantieren. Dies
237 gilt insbesondere für Kinder, Jugendliche und ihre Familien sowie andere
238 vulnerable Gruppen. Ein ausdrückliches Grenzhafthverbot muss gesetzlich
239 festgeschrieben werden.

240 Wir fordern die Bundesregierung auf:

- 241 1. Null-Haft jetzt, gesetzlich verankern.
242 Freiheitsentzug an Grenzen für Schutzsuchende beenden; ausdrückliches
243 Haftverbot für Minderjährige und Familien. Vulnerable Gruppen (Kinder/UMF,
244 Schwangere, Alleinerziehende, Ältere, Menschen mit Behinderungen,
245 psychisch/chronisch Erkrankte, Überlebende von Gewalt, Betroffene von
246 Menschenhandel, LSBTIQ*, verfolgte Minderheiten, Journalistinnen,
247 Menschenrechtsverteidigerinnen) generell von Grenzverfahren ausnehmen.
248 Statt Haft: offene Unterkünfte, individuelle Fallbetreuung, Rechtsbeistand
249 und Sprachmittlung ab Tag 1.
- 250 2. Zugang statt Zäune, Rechtsstaat ab dem ersten Kontakt.
251 Territorialen Zugang garantieren; Pushbacks und kollektive Zurückweisungen
252 sofort stoppen; „Transitzonen“ streichen. Faires Verfahren mit
253 individueller Anhörung, qualifizierter Sprachmittlung und aufschiebender
254 Wirkung von Rechtsmitteln. Dezentral, gewaltgeschützt und
255 privatsphäreschonend unterbringen; für Vulnerable soziale und

256 gesundheitliche Versorgung, Schule/Kitazugang sowie Arbeits-
257 /Bildungsmöglichkeiten ab Tag 1.

258 3. Retten, entkriminalisieren, sichere Wege öffnen.
259 Zivile Seenotrettung staatlich absichern und unterstützen, strafrechtliche
260 Verfolgung beenden; MRCC-Koordination sicherstellen, ohne die Zivilflotte
261 zu vereinnahmen; Kooperation/Finanzierung der sog. libyschen Küstenwache
262 beenden; unabhängiges Menschenrechts-Monitoring im Mittelmeer mandatieren.
263 Legale Zugangswege massiv ausbauen: Humanitäre Visa, Resettlement,
264 Community-Sponsorship, Evakuierungen; Familiennachzug priorisieren,
265 digitalisieren, fristgebunden bearbeiten; Nachzugsrechte für subsidiär
266 Schutzberechtigte angleichen.

267 4. GEAS stoppen/korrigieren, Rechte vor Ausnahmezustand.
268 Keine nationale Umsetzung, die Zugang beschneidet oder Freiheitsentzug
269 normalisiert. Regelverfahren auf dem Staatsgebiet zum Standard; Dublin-
270 Ermessen pro Familie/Menschlichkeit; keine Überstellungen in Staaten mit
271 systemischen Mängeln. Abschiebungshaft verbieten; Grund- und Datenschutz
272 stärken; binnen sechs Monaten Gesetzespaket zu Haftverboten,
273 Vulnerabilitäts-Screening, Rechtsberatungsanspruch, Aufhebung
274 „Transitzonen“, Familiennachzug-Reform und SAR-Schutzpaket vorlegen.

275 Wir fordern die gesetzliche Einführung eines Rechts auf Einreise als Zugang zu
276 Territorium und rechtsstaatlichen Asylverfahren.

277 Kein Mensch ist illegal. Keine Grenzen, nur Menschen.

278 Antragstext in einfacher Sprache

279 Es ist das Jahr 2025. Freiheit, die an einem Zaun endet, ist keine echte
280 Freiheit.

281 Menschen dürfen oft aus ihrem Land weggehen. Aber wenn sie an Zäunen, Visa-
282 Regeln oder Gesetzen scheitern, ist das keine Freiheit.

283 Wenn Menschen zurückgeschickt oder in Gefängnisse an der Grenze kommen, ist das
284 keine Panne. Das ist Politik. Und das macht Menschen kaputt.

285 Das muss aufhören.

286 Wir von der GRÜNEN JUGEND Hamburg sagen: Freiheit bedeutet, dass Menschen
287 einreisen, ankommen und bleiben dürfen.

288 Das Recht, in ein Land zu kommen, gehört zum Menschenrecht dazu – genauso wie
289 das Recht, ein Land zu verlassen.

290 Deutschland und Europa müssen das umsetzen – ohne Ausreden und ohne
291 Schlupflöcher.

292 Menschenrechte gelten an allen Grenzen und überall, wo Deutschland Verantwortung
293 hat.

294 Niemand darf zurückgeschickt werden, wenn ihm dort Gefahr droht.

295 Kinder in Gefängnisse? Niemals!

296 Familien trennen? Nicht mit uns!

297 Wir wollen: Mehr legale Wege für Menschen, sichere Verfahren und Schutz der
298 Würde – jetzt.

299 Freiheit bedeutet, dass Menschen ankommen und bleiben
300 dürfen.

301 Wer Schutz sucht, seine Familie wiederfinden will oder eine Zukunft mit Bildung,
302 Arbeit und Teilhabe braucht, darf nicht an Zäunen oder komplizierten Regeln
303 scheitern.

304 Eine gute und schnelle Eingliederung in die Gesellschaft und die Möglichkeit,
305 die Staatsbürgerschaft zu bekommen, sind sehr wichtig.

306 So kann jeder Mensch würdevoll leben – und nicht in einem Containerdorf.

307 Die Bezahlkarte und das Gesetz für Asylbewerber müssen abgeschafft werden.

308 Im Grundgesetz steht: „Niemand darf wegen seiner Heimat oder Herkunft schlechter
309 oder besser behandelt werden.“ (Artikel 3, Absatz 3)

310 Wir sagen klar: Menschenrechte gelten immer und überall – egal, wo man ist.

311 Das steht auch im internationalen Menschenrecht, dem sich Deutschland
312 verpflichtet hat.

313 Wir fordern die Bundesregierung auf:

314 - Menschen müssen sicher in Deutschland ankommen können.

315 - Asylverfahren müssen fair und nach dem Gesetz sein.

316 - Menschen müssen Zugang zu Rechtsberatung, Übersetzern und Rechtsmitteln
317 bekommen.

318 - Kollektive Zurückweisungen an den EU-Grenzen und innerhalb Deutschlands müssen
319 aufhören.

320 - Seenotrettung darf nicht verboten oder bestraft werden, sondern muss vom Staat
321 unterstützt werden.

322 - Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache muss sofort beendet werden.

323 - Es müssen sichere Fluchtwege geschaffen werden, damit niemand auf der Flucht
324 sein Leben riskieren muss.

325 Familien schützen – Familiennachzug ermöglichen

326 Familien gehören zusammen!

327 Familienleben ist ein Menschenrecht und keine besondere Erlaubnis.

328 Der Schutz von Familien ist sehr wichtig.

329 Es braucht sichere und gut geplante Wege, damit Familien zusammen einreisen und
330 Schutz bekommen können.

331 Die Möglichkeiten, dass Familien nach Deutschland nachkommen können, müssen
332 größer, schneller und rechtlich sicher sein.

333 Jedes Jahr, das Familien getrennt sind, zerstört ihre Verbindung:

334 - Kinder feiern Geburtstage nur am Handy.

335 - Eltern hören die ersten Worte ihrer Kinder nur als Sprachnachricht.

336 - Partner*innen stehen in langen Warteschlangen, statt zusammen zu sein.

337 Eine Politik, die Türen schließt, verursacht viel Leid.

338 Alexander Dobrindt will die Türen für Visa schließen und viele Hürden aufbauen.

339 Diese Politik trennt Familien und ist herzlos.

340 Sie zwingt Menschen, vor allem Schutzsuchende, gefährliche Wege zu gehen.

341 Wir wollen dagegen eine Politik, die Ankommen und Zusammenhalt fördert.

342 Unsere wichtigsten Forderungen für den Familiennachzug sind:

- 343 • Gleiche Rechte für alle Schutzsuchenden:
344 Menschen mit subsidiärem Schutz sollen beim Familiennachzug die gleichen
345 Rechte haben wie anerkannte Flüchtlinge. Es darf keine Begrenzungen oder
346 lange Wartezeiten geben.
- 347 • Mehr Familienmitglieder dürfen nachkommen:
348 Neben Ehepartner*innen und Kindern sollen auch minderjährige Geschwister,
349 Eltern und Großeltern von unbegleiteten Kindern nachkommen dürfen.
350 So können Familien wirklich zusammen sein.
- 351 • Weniger Bürokratie:
352 Nachweise über Wohnung und Einkommen sollen nicht mehr nötig sein.
353 Das gilt auch für laufende und bereits abgelehnte Anträge.
- 354 • Schnellere und digitale Verfahren:
355 Digitale Dokumente sollen anerkannt werden.
356 In Notfällen sollen Anträge auch online möglich sein.
357 Vorsprachen bei Konsulaten können per Video gemacht werden.
- 358 • Schnelle Visa für Familien:
359 Es soll schnelle Visa-Verfahren mit festen Fristen geben.
360 Bei Trennung der Familie gibt es ein Recht auf das Visum.
361 Wenn ein Antrag abgelehnt wird, gibt es sofort ein Recht auf Überprüfung
362 und Beratung.

363 Familientrennung ist kein Mittel zur Steuerung von Migration. Sie ist Unrecht
364 und schafft Chaos.

365 Politische Blockaden wie die Visasperre von Dobrindt zwingen Schutzsuchende auf
366 gefährliche Wege.

367 Damit wollen wir aufhören.

368 Wir setzen auf Recht, Sicherheit und Zusammenhalt.

369 Ankommen ist mehr als nur ein Visum – es ist ein Versprechen
370 vom ganzen System!

371 Kinderrechte gelten für alle Kinder.

372 Kein Kind darf ins Gefängnis – weder offiziell noch versteckt in sogenannten
373 Transitzonen.

374 Grenzhaf muss beendet werden, und die Verfahren müssen offen sein.

375 Damit das Versprechen vom Ankommen erfüllt wird, fordern wir:

- 376 • Schutzbedürftige Menschen zuerst:
377 Asylverfahren mit Kindern und anderen besonders schutzbedürftigen Menschen
378 müssen schneller bearbeitet werden.
379 Familien, die getrennt wurden, sollen das Recht bekommen, ihren Asylantrag
380 in Deutschland zu stellen, damit sie schneller wieder zusammenkommen.
381 Es soll dafür gesorgt werden, dass Menschen immer einen legalen
382 Aufenthaltsstatus haben und nicht in einer rechtlichen Warteschleife ohne
383 Perspektive bleiben.
- 384 • Unbegleitete Kinder schützen:
385 Kinder, die ohne Familie geflüchtet sind, brauchen sofort gute Betreuung.
386 Dafür muss ein geeigneter Vormund bestimmt werden.
387 Es soll ein unabhängiges Verfahren geben, um das Alter und die Familie zu
388 klären.
389 Die Familienzusammenführung hat höchste Priorität und muss im besten
390 Interesse des Kindes geschehen.
- 391 • Verwaltung ohne Diskriminierung:
392 Die Behörden müssen frei von Rassismus arbeiten.
393 Es braucht Stellen, wo Menschen Beschwerden melden können – bei
394 Botschaften, Ausländerbehörden, Arbeitsagenturen, Jobcentern und der
395 Polizei.
396 Alle Mitarbeiter*innen, die mit Geflüchteten arbeiten, müssen Schulungen
397 zu Rassismus machen.
398 Wer Menschen falsch berät, absichtlich verzögert oder diskriminiert, muss
399 bestraft werden.
- 400 • Datenschutz und Zugang sichern:
401 Sozialämter und Ausländerbehörden müssen streng getrennt arbeiten.
402 Nur mit Erlaubnis dürfen persönliche Daten weitergegeben werden.
403 Das schützt den Zugang zu Schule, Gesundheit, Beratung und
404 Sozialleistungen.
- 405 • Besonderer Schutz für Kinder:
406 Kinder brauchen immer besonderen Schutz – aus Recht, aus Menschlichkeit.
407 Kinder und Jugendliche dürfen in keinem Schritt schlechter behandelt
408 werden als Erwachsene.
409 Sie brauchen besondere Unterstützung und Rücksicht.
- 410 • Bundesweiter Abschiebestopp:
411 Die Regierung soll sofort einen Stopp für Abschiebungen erlassen.

Am wichtigsten ist für:

Familien mit Kindern, besonders schutzbedürftige Menschen, Fälle mit Kindeswohl, und Menschen mit festen sozialen Bindungen in Deutschland. Das sind Menschen, die arbeiten, zur Schule oder Ausbildung gehen, Familie oder enge Freunde hier haben, sich ehrenamtlich engagieren oder in Vereinen aktiv sind. Dieser Abschiebestopp soll dauerhaft im Gesetz verankert werden.

Sonderregeln spalten – Teilhabe verbindet!

Gesetze und Regeln, die nur für Geflüchtete gelten, trennen die Gesellschaft. Echte Teilhabe bringt uns alle zusammen.

Deshalb fordern wir:

- Keine Diskriminierung und Bevormundung mehr:
Die Bezahlkarte für Asylsuchende muss weg.
Geflüchtete sollen selbst entscheiden können, wie sie ihre Leistungen nutzen.
Sie sollen nicht nur Sachleistungen oder Gutscheine bekommen.
- Gleiches soziales Netz für alle:
Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden.
Geflüchtete sollen die gleichen Sozialleistungen bekommen wie alle anderen Menschen.
Niemand darf wegen seiner Herkunft oder seines Aufenthalts schlechter behandelt werden. Das steht auch im Grundgesetz (Artikel 3, Absatz 3).
- Freie Wohnortwahl und Zugang zum Arbeitsmarkt:
Die Residenzpflicht und Wohnsitzauflagen müssen ganz abgeschafft werden.
Wer in Deutschland lebt, soll selbst entscheiden dürfen, wo er oder sie wohnen will.
Außerdem soll jeder vom ersten Tag an arbeiten dürfen.
Ankommen heißt: Lernen, arbeiten und leben ohne Provisorien.

Integrations- und Aufstiegszentren: Jetzt!

Viele Menschen mit Talenten werden nicht richtig unterstützt. Ihre Lebensläufe gehen in vielen Formularen verloren. Damit muss Schluss sein. Integration soll vom ersten Tag an beginnen, egal wie viel Geld jemand hat, und ohne lange Wartezeiten.

Wir sagen: Nicht kürzen, trösten oder verwalten, sondern bauen, öffnen und ermöglichen. Dafür gibt es die Integrations- und Aufstiegszentren (IAZ).

Was sind IAZ?

IAZ sind Orte, an denen Menschen alles an einem Platz bekommen: Sprachkurse, Nachhilfe für Schule und Berufsausbildung. Besonders in Berufen, die dringend gebraucht werden. Man kann sich dort anmelden, sobald man den Asylantrag stellt.

- 453 Teilnehmen ist kostenlos.
454 Es gibt Geld, damit man mitmachen kann.
455 Kinderbetreuung und Zugang zu Schule und Kita ab dem ersten Tag.
456 So sieht echte Willkommenspolitik aus.
- 457 Anerkennung von Abschlüssen:
458 Ausländische Abschlüsse werden im IAZ schnell geprüft – innerhalb von acht
459 Wochen gibt es eine Entscheidung.
460 Fehlende Qualifikationen werden gezielt ergänzt, mit kleinen Bausteinen (Micro-
461 Credentials), ohne den ganzen Lebenslauf neu zu machen.
- 462 Sprache ist der Schlüssel:
463 Amtliche Sprachmittlung (Übersetzung bei Behörden) wird ein Recht und ist
464 kostenlos. Niemand soll an einer Behörde scheitern.
- 465 Unterbringung verbessern:
466 Wir fordern, dass Massenunterkünfte abgebaut werden.
467 Innerhalb von zwölf Monaten sollen alle in offene, gemeindenahe Wohnungen
468 umziehen.
469 Dezentrale Unterbringung wird Standard mit Mindestanforderungen: Privatsphäre,
470 Schutz vor Gewalt, Datenschutz und echte Nachbarschaft.
471 Containerdörfer und Dauerlager sind keine Lösung.
472 Wer ankommen will, braucht Räume, keine Lager.
- 473 Mehr Geld für Sprache und Ausbildung:
474 Mehr Geld pro Unterrichtseinheit hilft, damit die Qualität stimmt.
475 Berufssprachkurse werden ausgebaut und sicher finanziert.
476 Wer hier lebt, soll lernen und arbeiten können – ohne Provisorien.
- 477 Gegen Diskriminierung:
478 Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes wird weiter unterstützt.
479 Migrantische Selbstorganisationen bekommen verlässliche Förderungen.
- 480 IAZ sind ein Systemwechsel:
481 Sprache, Anerkennung, Ausbildung, Arbeit und Wohnen kommen aus einer Hand –
482 schnell, würdig und wirksam.
483 Wir wollen eine Politik der Möglichkeiten, nicht der Abschreckung und des
484 Mangels.
- 485 Unsere Botschaft ist klar:
486 Investieren statt kürzen.
487 Rechte statt Gnadenakte.
488 Ankommen und Aufstieg statt Hoffnungslosigkeit.
489 An die Regierung: Handelt!
490 Kommunen: Öffnet die Türen!
491 Kammern, Träger, Betriebe: Macht mit!
492 Wer blockiert, blockiert die Zukunft!
- 493 GEAS stoppen! Keine Haft für Menschen, die Schutz suchen!
- 494 Wer Schutz braucht, darf nicht eingesperrt, aufgehalten oder an Grenzbereiche
495 abgeschoben werden.

496 Wir lehnen jede Regel ab, die den Zugang zu Asyl erschwert oder an der Grenze
497 Menschen wie Gefangene behandelt.
498 Zäune, Visa-Hürden und Transitzonen sind keine gute Lösung, sondern brechen das
499 Recht.

500 Menschenrechte gelten bereits an der Grenze, nicht erst danach.
501 Das Grundgesetz schützt die Würde aller Menschen.
502 Kinderrechte sind besonders wichtig.
503 Haft macht Menschen krank, trennt Familien und zerstört die Zukunft – besonders
504 bei Kindern.

505 Der geplante Kurs will Haft an Europas Grenzen normal machen. Das ist falsch und
506 nicht erlaubt.

507 „Zugang statt Zäune“ heißt:
508 Menschen müssen an der Grenze sicher ankommen können.
509 Sie brauchen eine persönliche Anhörung, unabhängige Rechtsberatung und wirksame
510 Möglichkeiten, sich zu wehren – von Anfang an.

511 „Null-Haft“ heißt:
512 Keine Gefängnisse oder versteckte Haft an der Grenze.
513 Es soll Alternativen zur Haft geben, besonders für Kinder, Familien und
514 schutzbedürftige Menschen.

515 Familien müssen zusammenbleiben.
516 Trennung ist kein Mittel zur Steuerung, sondern Unrecht.
517 Wer Seenotrettung bestraft oder mit der libyschen Küstenwache zusammenarbeitet,
518 gibt Verantwortung ab und gefährdet Leben.

519 Wir lehnen jede Regel ab, die Schutzsuchende einsperrt oder den Zugang zu Schutz
520 erschwert.
521 Kinderrechte sind unteilbar. Haft verursacht Leid und ist nicht mit
522 Kinderrechten vereinbar.
523 Der aktuelle Plan der Regierung würde Haft an der Grenze erlauben – das ist
524 nicht akzeptabel.

525 Wir fordern:

- 526 • Ein Gesetz, das Haft für Schutzsuchende verbietet.
- 527 • Alternativen zur Haft und echte Rechte ab dem ersten Kontakt mit Behörden.

528 Ein aktuelles Gutachten zeigt, dass die geplanten Regeln Kinderrechte nicht
529 genug schützen und Haft an der Grenze voraussetzen.

530 Herr Innenminister Dobrindt: Kinder gehören auf Spielplätze, nicht ins
531 Gefängnis.

532 Stoppen Sie Zurückweisungen, beenden Sie die Bestrafung von Seenotrettung,
533 öffnen Sie Familienvisa und respektieren Sie Kinderrechte.

534 Wir fordern die Bundesregierung auf:

- 535 1. Null-Haft jetzt gesetzlich festlegen:
536 Haft an der Grenze für Schutzsuchende beenden.
537 Kein Haft für Kinder und Familien.

- 538 Schutzbedürftige Menschen (Kinder, Schwangere, Ältere, Menschen mit
539 Behinderungen, Opfer von Gewalt, LSBTIQ*, u.a.) sollen von Grenzverfahren
540 ausgenommen werden.
541 Statt Haft: offene Unterkünfte, persönliche Betreuung, Rechtsberatung und
542 Übersetzung ab Tag 1.
- 543 2. Zugang statt Zäune, rechtsstaatliche Verfahren ab dem ersten Kontakt:
544 Menschen müssen sicher ins Land kommen können.
545 Zurückweisungen an der Grenze sofort stoppen.
546 Transitzone abschaffen.
547 Faire Verfahren mit persönlicher Anhörung, Übersetzung und wirksamen
548 Rechtsmitteln.
549 Wohnung in der Nähe der Gemeinde, Schutz vor Gewalt, Datenschutz.
550 Für Schutzbedürftige: Sozial- und Gesundheitsversorgung, Zugang zu Schule,
551 Kita, Arbeit und Bildung ab Tag 1.
- 552 3. Seenotrettung sichern und entkriminalisieren:
553 Seenotrettung muss vom Staat unterstützt werden.
554 Strafverfolgung gegen Helfer*innen beenden.
555 Kooperation mit der libyschen Küstenwache stoppen.
556 Unabhängige Kontrolle im Mittelmeer einrichten.
557 Legale Wege für Schutz massiv ausbauen: humanitäre Visa,
558 Aufnahmeprogramme, Familiennachzug priorisieren und digital bearbeiten.
- 559 4. GEAS stoppen oder korrigieren:
560 Keine Regeln, die den Zugang zu Schutz erschweren oder Haft normal machen.
561 Asylverfahren sollen im Land stattfinden.
562 Keine Abschiebungen in Länder mit schlechten Bedingungen.
563 Haft bei Abschiebungen verbieten.
564 Datenschutz und Grundrechte stärken.
565 Innerhalb von sechs Monaten ein Gesetz mit Haftverbot, Schutz für
566 Schwache, Rechtsberatung, Abschaffung der Transitzone, Familiennachzug
567 und Schutz für Seenotrettung vorlegen.
- 568 Wir fordern das Recht auf Einreise und faire Asylverfahren.
- 569 Kein Mensch ist illegal. Keine Grenzen, nur Menschen.
- 570 Transparenzhinweis: Der Text in einfacher Sprache wurde mit Unterstützung von KI
571 erstellt.

Begründung

Weitere Begründungen erfolgen mündlich